

2012.SR.000338

Dringliche interfraktionelle Motion SP/JUSO, SVPplus, FDP, BDP/CVP (Martin Krebs/Giovanna Battagliero, SP/Roland Jakob, SVP/Bernhard Eicher, FDP/Béatrice Wertli, CVP): Uneingeschränkte Ausübung politischer Rechte auf dem Gemeindegebiet der Stadt Bern – auch in SBB-Bahnhöfen!

Das Bundesgericht hat mit einem Urteil vom 3. Juli 2012 bestätigt, dass Bahnhöfe zum öffentlichen Raum gehören, in dem die Ausübung ideeller Grundrechte grundsätzlich nicht verboten werden darf. Die SBB sehen nun vor, dieses Urteil mittels übermässigen hohen Gebühren und einem aufwendigen Bewilligungsverfahren zu unterlaufen: So soll die Ausübung von politischen Rechten – wie Unterschriftensammlungen oder Verteilaktionen – spätestens drei Wochen vor einer Aktivität angemeldet werden; in Railcity-Bahnhöfen wie dem Bahnhof Bern soll eine halbtägige Aktion zudem 1053 Franken kosten. Dieses Verfahren schränkt die Ausübung politischer Rechte über jedes vernünftige und rechtstaatlich vertretbare Mass ein. Es besteht kein öffentliches Interesse, welches ein aufwändiges Bewilligungsverfahren rechtfertigen würde. Die vorgesehene Gebühr lässt sich keinesfalls mit dem dadurch verursachten Aufwand begründen.

Aus diesen Gründen wird der Gemeinderat aufgefordert, bei den SBB zu intervenieren, mit dem Ziel, dass im Bahnhof Bern und den anderen auf dem Gemeindegebiet der Stadt Bern gelegenen SBB-Bahnhöfen die Ausübung der Grundrechte ohne unnötige Einschränkungen möglich ist. Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Begründung der Dringlichkeit

Das neue Reglement soll gemäss Mitteilung der SBB ab sofort angewandt werden.

Bern, 8. November 2012

Erstunterzeichnende: Martin Krebs, Giovanna Battagliero, Roland Jakob, Bernhard Eicher, Béatrice Wertli

Mitunterzeichnende: Stefan Jordi, Halua Pinto de Magalhães, Lea Kusano, Bettina Stüssi, Hasim Sönmez, Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Leyla Gül, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Dannie Jost, Nicola von Greyerz, Rithy Chheng, Gisela Vollmer, Annette Lehmann, Simon Glauser, Werner Pauli, Robert Meyer, Ueli Jaisli, Kurt Rügsegger, Eveline Neeracher, Manfred Blaser, Pascal Rub, Alexandre Schmidt, Jacqueline Gafner Wasem, Alexander Feuz, Daniel Klauser, Christoph Zimmerli, Dolores Dana, Claudio Fischer, Edith Leibundgut, Judith Renner-Bach, Martin Mäder, Vinzenz Bartlome, Philip Kohli, Martin Schneider

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.